

Eine undemokratische und verfassungswidrige Paketlösung

Das Steuerpaket ändert in einem Zug mehrere Gesetze. Der Bundesrat hat dem Parlament drei separate Vorlagen zur Behandlung unterbreitet. Aber das Bundesparlament hat alles in ein Gesamtpaket gezwängt.

Diese Paketlösung lässt den Bürgerinnen und Bürgern keine echte Wahl. Sie müssen entweder alles schlucken oder alles ablehnen.

Dafür verdient das Bundesparlament die rote Karte. Mit einem Nein zum Steuerpaket zwingt das Volk das Parlament, in Zukunft ausgewogene Einzelvorlagen zu unterbreiten und keine undemokratischen Mogelpackungen.

Zudem enthält das Steuerpaket zwei grobe Mängel.






















- Die neue Wohneigentumsbesteuerung verletzt den Grundsatz der Rechtsgleichheit, den die Bundesverfassung garantiert.
- Der Ausgleich der kalten Progression ging schlicht vergessen. Das überhastete und unseriöse Flickwerk wirft nun noch mehr Fragen auf und schafft alles andere als Klarheit.



Herausgeber: Komitee "Nein zum Steuerpaket", Bern / Konzept: Roger Nordmann und Nicolas Peter / Zeichnungen: André Paul.

So viel kostet Sie das Steuerpaket

Mit dem Steuerpaket zwingt der Bund die Kantone und Gemeinden, für hohe Einkommensklassen die Steuern zu senken. Um die Ausfälle wettzumachen, müssen Kantone und Gemeinden ihre Steuern für alle Steuerzahler bald erhöhen. Das sind die Grössenordnungen:

 + 3,8%	 + 2,8%	 + 5,4%
 + 6,8%	 + 9,0%	 + 11,6%
 + 8,0%	 + 7,8%	 + 3,6%
 + 7,3%	 + 0,1%	 + 10,8%
 + 4,1%	 + 7,1%	 + 6,4%
 + 11,9%	 + 6,6%	 + 5,2%
 + 2,9%	 + 5,9%	 + 10,8%

Quelle: Finanzdirektorenkonferenz.



NEIN!

zum Steuerpaket

www.nein-zum-steuerpaket.ch

Abstimmung vom 16. Mai 2004

Eine Minute Lektüre für den Durchblick...

Das Versprechen



Die Wirklichkeit



NEIN!

zum Steuerpaket

Der Mittelstand sowie kleine und mittlere Wohneigentümer als klare Verlierer

Wer gewinnt, wer verliert?

Der neuen Familienbesteuerung lagen ursprünglich gute Absichten zugrunde: Ehepaare den Konkubinatspaaren gleichstellen und Mittelstandsfamilien entlasten.

Leider werden diese Ziele klar verfehlt. Das Steuerpaket bringt dem Mittelstand nur sehr geringe Entlastungen. Dafür erhalten die hohen Einkommensklassen grosszügige Steuererleichterungen.

So sieht die ungleiche Entlastung aus:

- 9% der Steuerpflichtigen verfügen über ein Nettoeinkommen von mehr als 100'000 Franken. Sie erhalten 72% der Steuererleichterungen.
- 91% der Steuerpflichtigen verdienen weniger als 100'000 Franken. Diese grosse Mehrheit muss sich mit 28% der Erleichterungen abfinden.



Die Kehrseite der «Medaille»

Für den Mittelstand bringt die neue Familienbesteuerung jährliche Einsparungen von vielleicht 50, 100 oder 300 Franken. Das ist erfreulich, aber nur die halbe Wahrheit. Das Steuerpaket beschert Bund, Kantone und Gemeinden Einnahmeherausfälle von über 4 Mia. Franken pro Jahr. Die Folgen davon sind rigorose Sparmassnahmen.

Konkret heisst das z.B.:

weniger AHV, noch höhere Krankenkassenprämien, Abbau bei der Spitex, Schliessung von Spitälern, weniger Sicherheitsleistungen, schlechtere Schulen, weniger Bildungsangebote, Vernachlässigung von Randregionen (Service public).

Diese Sparmassnahmen treffen vor allem den Mittelstand, der als grosser Verlierer dasteht, wenn er den Versprechungen des Steuerpakets glaubt. Zudem müssen Kantone und Gemeinden bald ihre Steuern und Gebühren erhöhen, um die Ausfälle wettzumachen (siehe Tabelle auf der Rückseite). Die wahren Nutzniesser des Steuerpakets sind Steuerpflichtige mit hohem Einkommen (mehr als 150'000 Franken brutto pro Jahr).

Wohneigentum: vom Traum zum Albtraum

Der Systemwechsel bevorzugt Eigentümer, die wenig oder gar keine Schulden haben. **Junge Paare und Mittelstandsfamilien, die sich höher verschulden müssen, um eine Wohnung oder ein Haus zu kaufen, ziehen hingegen den Kürzeren.**

Noch schlimmer: Neu sind Unterhaltskosten bis zu 4000 Franken nicht mehr abzugsfähig. Kleine und mittlere Eigentümer, die selten

mehr als 4000 Franken Unterhaltskosten haben, können also

gar nichts mehr abziehen. Im Vergleich zu heute verlieren sie mit dem neuen System.

Dagegen ist der Unterhaltsabzug nach oben unbegrenzt, was Besitzer von grossen Liegenschaften bevorzugt. Das ist eine höchst ungerechte Regelung und eine grobe Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes der Bundesverfassung.

